



SCHRIFTENREIHE  
INNERE  
SICHERHEIT

5


Robert Misik

## Bedürfnis nach Sicherheit

Progressive Politik in Zeiten der Angst  
vor Veränderung

forum  
INNERE  
SICHERHEIT

FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG  
Forum Berlin



Die Schriftenreihe »Innere Sicherheit« wird in loser Folge vom Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben. Expertinnen und Experten aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung beleuchten darin aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der inneren Sicherheit und stellen Lösungsansätze vor.

## Über den Autor

**Robert Misik** lebt und arbeitet in Wien als Journalist, Essayist, Autor, Ausstellungsmacher, Theaterarbeiter und Veranstaltungskurator. Seit 2005 ist er Kurator der Reihe »Genial dagegen« des Bruno Kreisky Forums in Wien. Er ist ein gefragter politischer Kommentator und Talkshow-Gast. In seinen Veröffentlichungen beschäftigt er sich mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen und Herausforderungen.

Eine frühere und kürzere Version dieses Textes erschien vorher unter dem Titel »Rezepte gegen die Angst. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist derzeit das entscheidende Wahlmotiv. Wollen Sozialdemokraten wieder Wahlen gewinnen, müssen sie nach Wien schauen.« im ipg-journal (Internationale Politik und Gesellschaft). Der Text ist abrufbar unter <https://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/rezepte-gegen-die-angst-4725/>.

## Kernpunkte auf einen Blick

Dass die Angst in einem »Prekaritätskapitalismus« allgegenwärtig ist, wird schon seit einiger Zeit konstatiert. Aber mit Pandemie und Wirtschaftskrise werden Ungewissheit und Bedrohungsgefühle endemisch. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können daher in Wahlen nur erfolgreich sein, wenn sie das Sicherheitsbedürfnis breiter Wählerkreise verkörpern.

---

Oftmals von linken politischen Kräften unterschätzt, ist dieses »Bedürfnis nach Sicherheit« eine der wichtigsten politischen Emotionen. Der Anspruch progressiver Kräfte, Wandel und Modernisierung zu gestalten, muss nicht im Widerspruch zum Auftrag der Bewahrung und Sicherheit stehen: Sorge nicht gerade die Sozialdemokratie für mehr Sicherheit im Leben normaler Menschen durch Arbeitsschutz, Wohlfahrtsstaat, Wohnungsbau oder öffentliche Dienstleistungen? Menschen sind nur dann bereit, gesellschaftliche Wagnisse und Wandel zu akzeptieren oder sogar zu begrüßen, wenn sie sich sicher fühlen – fühlen sie sich unsicher, klammern sie sich an das Bestehende.

---

Das hohe Bedürfnis nach Sicherheit führt dazu, dass die übliche Kritik der politischen Linken am Kapitalismus – etwa an der Ungleichheit – zurzeit nicht wirklich verfährt. Das politische Koordinatensystem verläuft daher nicht nach dem altbekannten Rechts-Links-Schisma, sondern wird aktuell massiv überlagert von einem „Sicherheits-Unsicherheits-Schisma“. Wenn Unsicherheit einzieht und Wandel als Bedrohung erfahren wird – dann wollen die Verwundbarsten, dass sich möglichst nichts ändert. Konservative und sogar reaktionäre Instinkte haben Konjunktur. Es hilft nichts, diese Tatsache zu ignorieren. Nur wer das Sicherheitsbedürfnis der Menschen adressiert, wird politisch erfolgreich sein.

Vor etwas mehr als zehn Jahren formulierte der so früh verstorbene, große linke Denker Tony Judt<sup>1</sup> einen sehr eigentümlichen Satz, der nicht sofort leicht verstehbar war: »Wenn die Sozialdemokratie eine Zukunft hat, dann ist es eine Sozialdemokratie der Angst. [...] Die Linke, um es offen heraus zu sagen, hat etwas zu bewahren.« Wenn Unsicherheit und Ungewissheit einziehen, dann wird das »Bedürfnis nach Sicherheit« zu einer wesentlichen politischen Emotion. Nicht mehr »Wandel« oder »Fortschritt«, nicht »Hope« und »Change«, sondern die Abwehr von noch mehr Unsicherheit ist es dann, was Bürgerinnen und Bürger in hohem Maße von der Politik erwarten.

Nun gibt es unterschiedliche Arten von Angst. Da ist die unbestimmte Angst beispielsweise, die eine Gesellschaft packt, in der der Boden unter den Füßen vieler langsam schwankender wird, etwa durch einen Strukturwandel, der permanent wird. Es gibt die sehr viel manifestere Angst, wie sie für das politische und gesellschaftliche Leben des Jahres 2020 bestimmend wird. Immer hat die Angst aber politische und psycho-politische Implikationen.

Von der »Gesellschaft der Angst« hat Heinz Bude<sup>2</sup> ja schon vor einigen Jahren geschrieben, aber da hat er vom Jahr 2020 noch nichts gewusst. Im Jahr 2020 haben, nachvollziehbarerweise, wohl faktisch alle Menschen Angst, wenngleich nicht alle aus denselben Gründen. Die einen haben Angst davor, sich das potenziell tödliche Virus einzufangen, die anderen haben Angst vor den ökonomischen Folgen, um ihren Job, ihre Einkommen, sie wissen nicht, ob sie demnächst noch ihre Rechnungen bezahlen können. Man kann sehr gut auch vor beidem Angst haben. Manche Leute hatten nach einer dreiminütigen Ansprache von Angela Merkel im Oktober so sehr Angst, dass sie tagelang die Wohnung nicht mehr

verließen. Andere wiederum beklagen eine »Politik der Angst«, gelegentlich auch jene, die ansonsten gar nichts gegen eine Politik mit der Angst einzuwenden haben. Manchmal ist das sogar richtig lustig, etwa wenn irgendwelche Rechtspopulisten am Vormittag das Schreckensgespenst einer »Islamisierung« und blutrünstiger »Clans« an die Wand malen, um mittags dann als Corona-Leugner die »Angstpolitik« bei der Pandemiebekämpfung anzuprangern.

Zweifelsohne wird uns von staatlichen Stellen oder auch politischen Aktivisten gelegentlich planmäßig ein Schrecken eingejagt, damit wir unser Verhalten ändern. Das ist schließlich der Sinn der Schockfotos auf den Zigarettenspackungen oder der Videos in den Fahrschulen, bei denen wir sehen, wie ein Crashtest-Dummy durch das Auto fliegt, wenn man nur mit 40 km/h gegen eine Hausmauer kracht. Auch Greta Thunberg hat gesagt: »I want you to panic« (»Ich will, dass ihr Panik bekommt«). Mit Angst werden heute Menschen bei der Stange gehalten. Der Kapitalismus der Siebzigerjahre hatte noch die Botschaft: Pack an und mach mit, dann winkt dir Wohlstand. Der zeitgenössische Kapitalismus sagt: Packe zu, arbeite an dir, sonst wirst du gefeuert!

Gefühle von Unsicherheit und Ungewissheit, besonders die manifeste Art, können die jeweiligen Regierenden stärken. Wenn diese den Eindruck erwecken, dass sie die bedrohliche Lage im Griff haben, sind solche Umstände die »Stunde der Exekutive«. Wenn viele Leute ein Unsicherheitsgefühl haben, will man nicht noch Experimente wagen. Das kann auch Sozialdemokraten nützen. Aber kann, wie das Eingangszitat von Tony Judt nahelegt, eine Sozialdemokratie tatsächlich die »Sicherheitsbedürfnisse« in einer Gesellschaft repräsentieren? Widerspricht das nicht zugleich ihrem modernistischen, gesellschaftsverändernden Geist?

Wien, Oktober 2020. Siegesfeier gibt es diesmal keine. Der sozialdemokratische Bürgermeister Michael Ludwig spart sich auch jeden Triumphalismus. Sowieso ist er einer, der seine Emotionen im Griff hat. Einer, der gerne kontrolliert wirkt. Die Wiener SPÖ hat die Gemeinderats-

1 Tony Judt, »Dem Land geht es schlecht. Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit«, Fischer, 2014

2 Heinz Bude, »Gesellschaft der Angst«, Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 2014

wahlen mit einem schönen Ergebnis gewonnen. Sie schaffte Zuwächse, landete bei knapp unter 42 Prozent der Stimmen. Laut Wählerstromanalysen (die freilich immer mit Vorsicht zu genießen sind) gewann die Sozialdemokratie sogar 32.000 ehemalige freiheitliche Wähler, vor allem in den Vorstädten, den Gemeindebauten, in den früheren eher proletarischen Wohngebieten. In den innerstädtischen Bezirken, und zwar nicht nur in den Mittelschichtsbezirken, sondern den gemischten Wohngebieten wie Landstraße, Margareten (einer der Bezirke mit dem niedrigsten durchschnittlichen Haushaltseinkommen) und anderen gab es sogar leichte Verluste, ein Minus von ein, zwei Prozent. Das alles in einer Gesamtsituation, in der fast alle Parteien in absoluten Zahlen verloren, da die Wahlbeteiligung um rund zehn Prozent zurückging, und in einem generellen Umfeld, das durch zwei wesentliche Umstände geprägt war: erstens die Corona-Pandemie, in der das Sicherheitsbedürfnis die wichtigste politische Emotion war, und zweitens der Zusammenbruch der Freiheitlichen Partei, der es natürlich allen anderen Parteien erleichterte, Gewinne zu erzielen. Generell also kann man sagen, dass die Sozialdemokratie gewann, weil sie FPÖ-Wähler in beschränktem Rahmen zurückholte (eben 32.000 von 250.000), während sie gleichzeitig junge, urbane, linke, mobile Wählerinnen und Wähler verlor. Alles in allem also ein schönes Ergebnis mit einigen besorgniserregenden Aspekten. Grund für Freude, aber kein Grund für Triumphalismus. Die Wähler, die man von den Freiheitlichen holte, die auf Sicherheit und ein wenig Konventionalität bedachten »normalen Leute« aus den Vorstädten, muss man ja erst einmal halten – und ja, das Ziel müsste natürlich sein, noch mehr Wählerinnen und Wähler aus diesen Segmenten zurückzuholen, ohne zugleich bei dem großen und wachsenden Wählersegment der neuen Mittelschichten zu verlieren.

Dass das einigermäßen gut funktionierte, hat viele Ursachen, viele davon sind »zufällige«, also von den Akteuren nicht sonderlich beeinflussbare. Was hat die Sozialdemokratie selbst dazu beigetragen? Man könnte die Wahlkampagne der SPÖ anführen, die perfekt war. Man kann die ältere, aber auch die jüngere Geschichte der SPÖ in Wien nennen: Sie ging nie auf dem Leim der neoliberalen Phrasen, sie blieb auch in der neoliberalen Ära eine linke Stadtpartei, die einen starken öffentlichen Sektor verteidigte, Gemeinwohl statt Marktideologie. Sie ist, bei allem was man an ihr kritisieren mag, die »Wir-Partei«, die sich für nichts genieren muss.

Und da war natürlich der Spitzenkandidat, Bürgermeister Michael Ludwig. Er verkörpert den normalen Typen, der

nicht abgehoben ist, der auch in den Vorstädten, Gemeindebauten, in den Flächenbezirken als »einer von uns« durchgeht. In seinem ganzen Auftreten ist er zurückhaltend und vorsichtig, weshalb er niemanden verschreckt, der mit der »sicheren Hand«. Sowohl der Typus des FPÖ-affinen als auch des grün-affinen Wählers, sowohl innerstädtische Hipster als auch lebenskulturell eher konservative Wählerinnen und Wähler würden wohl spontan mindestens sagen: »Guter Typ, schon ganz okay.« Er ist gewissermaßen das Kontrastprogramm zu jeder Art von Polarisierung. Das ist generell gut, hilft aber gerade in einer Lage wie der gegenwärtigen. Soll heißen: Es kann Situationen geben, in denen das ein Nachteil ist, in denen man polarisieren oder Aufbruch verkörpern muss. In der gegenwärtigen Situation war es aber ein eindeutiger Vorteil. Noch ein wenig und man könnte beinahe vom Charisma der Gelassenheit sprechen.

Ludwig hat auf die Stadt als Integrationsfigur ausgestrahlt, aber auch in seine Partei hinein, die in den vergangenen Jahren einige heftige Zerwürfnisse durchmachte, konnte sich zugleich aber auch auf die Wiener Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verlassen, die sich hinter ihm scharten und allesamt diszipliniert genug waren, vergangene Fehden zu vergessen (auch keine Selbstverständlichkeit, wenn man sich mit innerparteilichen Vorgängen im Allgemeinen und dem Narzissmus der kleinen Differenz der Linken im Besonderen auskennt).

Vor allem aber verkörperte er das Sicherheitsbedürfnis der Menschen. Dieses »Bedürfnis nach Sicherheit« – wie das der große französische Historiker Lucien Febvre einmal nannte – ist eine der wichtigsten, oft aber auch unterschätzten politischen Emotionen. Unterschätzt ist dieses Gefühl komischerweise gerade unter Linken. Das ist natürlich kein Wunder: Linke wollen die Gesellschaft verändern, sie haben sich als »Fortschrittspartei« gesehen, zeitweise als »revolutionär«, immer als »reformerisch«. Wandel, Modernisierung, Weltveränderung und Weltverbesserung ist ihnen gefühlsmäßig näher als das eher konservative Gefühl von Bewahrung und Sicherheit. Zugleich wurden die Linken natürlich stark, weil sie in die Leben der einfachen, normalen Menschen Sicherheit brachten: durch Arbeitsschutz, Kündigungsschutz, Versicherungsschutz gegen den Unbill des Lebens (Arbeitslosigkeit, Krankheit), durch den Wohlfahrtsstaat, durch Wohnungsbau und öffentliche Dienstleistungen. Risiken einer Wettbewerbsgesellschaft wurden ebenso abgedeckt wie die Unsicherheiten, die das Leben einfach so mit sich bringt. In der Geschichte sind wir mit vielfältiger Dialektik von Sicherheit und Modernisierung konfrontiert. Menschen sind dann bereit, gesellschaftli-



che Wagnisse und Wandel zu akzeptieren oder sogar zu begrüßen, wenn sie sich sicher fühlen – fühlen sie sich unsicher, klammern sie sich an das Bestehende. Die Welt macht man leichter freier und bunter, wenn sich die Menschen sicher fühlen.

Natürlich ist dieses Jahr 2020 und damit auch diese Wahl besonders von einem Bedürfnis nach Sicherheit geprägt: Die Corona-Pandemie wird als Bedrohung der Gesundheit erlebt, die Wirtschaftskrise bringt die Gefahr von Arbeitslosigkeit, langanhaltender wirtschaftlicher Depression mit sich. Niemand will in einer solchen Situation Experimente. Jeder will einigermaßen Sicherheit. Es liegt nahe, in den Wiener Wahlvorgängen ein Modell zu erkennen, wie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in absehbarer Zukunft wieder Wahlen gewinnen können. Und die Corona-Pandemie – und deren Folgen – machen etwas sichtbar, was schon vor der Pandemie wirksam war, aber vielleicht nicht immer deutlich genug erkannt wurde.

Die These ist: Sozialdemokraten werden unter gegenwärtigen Umständen nur dann gewinnen, wenn sie das Bedürfnis nach Sicherheit repräsentieren.

Die von Heinz Bude analysierte »Gesellschaft der Angst« ist dadurch geprägt, dass in das Leben vieler Menschen Unsicherheit und eine endemische Prekarität eingezogen sind. Und zwar in einem eminenten, umfassenden Sinne. Diese Unsicherheit befällt eben nicht nur die Menschen, die in »prekären Arbeitsverhältnissen« sind. Diese natürlich besonders. Aber es betrifft sehr viel mehr Menschen. Die arbeitenden Klassen machen seit 30 Jahren die Erfahrung, dass es für sie nicht mehr aufwärts geht, aber ein ökonomischer und gesellschaftlicher Strukturwandel immer mehr Unsicherheit in ihre Leben bringt. Mieten steigen, auch wer einen scheinbar »sicheren Job« hat, weiß natürlich, dass der in einer Ära permanenten Strukturwandels nie sicher ist. Wir leben in einer »befristeten Gesellschaft« mit befristeten Arbeitsverträgen, befristeten Mietverträgen, in einer Welt des stets schwankenden Bodens. Netze der Solidarität in den Vierteln zerreißen, aber auch die sozialmoralischen Ordnungen in Betrieben werden zerstört, wenn jedem klar ist, dass von 100 Beschäftigten morgen möglicherweise nur mehr 90 übrig sind (oder von 20 Kollegen in der Abteilung nur mehr 15 im nächsten Jahr). Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren phantastisch darin, den arbeitenden Klassen zu Wohlstand zu verhelfen, aber sie waren in den vergangenen Jahrzehnten gar nicht phantastisch darin, ihnen das Gefühl zu geben, dass dieser Wohlstand sicher ist. Angst zog in die Leben hinein und diese Angst ging nie wieder weg. Abstieg wurde erlebt, und wo nicht, da

breitete sich Abstiegsangst aus. Die grundlegende Haltung in den arbeitenden Klassen, das zeigen unzählige Studien von überall in der westlichen Welt, wurde: »Ich kümmere mich nur mehr um mich selbst.« Der Wirtschaftshistoriker Lutz Raphael spricht von einer »fatalistischen Grundhaltung«, die sich im Zuge des ökonomischen Strukturwandels der vergangenen Jahrzehnte ausgebreitet hatte. Zugleich haben die Menschen das Gefühl, es wäre »Zeit für mehr Solidarität«.

Der Zufall will es, dass ich wenige Tage vor der Wiener Gemeinderatswahl die in Brüssel unterrichtende bulgarischstämmige Wissenschaftlerin Albena Azmanova im Kreisky-Forum<sup>3</sup> zu Gast hatte. Azmanova hat jüngst bei Columbia University Press ein Buch herausgebracht, das sich dem Thema des »Prekariatskapitalismus« widmet<sup>4</sup>. In diesem Prekariatskapitalismus wird dieses Gefühl der Unsicherheit – oder umgekehrt: Das Bedürfnis nach Sicherheit – zu der wesentlichen politischen Emotion. Das erklärt für Azmanova, weshalb die übliche Kritik der politischen Linken am Kapitalismus – etwa an der Ungleichheit – nicht wirklich verfährt. Das empfundene Hauptproblem der Menschen ist nicht, dass irgendjemand in irgendwelchen Reichenvierteln 300 Mal reicher ist als sie, sondern ob ihre Wohlfahrt wächst, stagniert oder sinkt und ob ihre Leben sicher sind. Für Menschen ist es verständlicherweise viel entscheidender, ob sie selbst ein gutes Leben haben als die Frage, wie ihre materielle Lebensführung in Relation zu der anderer dasteht (unbestritten ist, dass beides miteinander verbunden sein kann, aber auf eher sehr vermittelte Weise).

Azmanovas Urteil: Das verändert die »politische Geografie« völlig, das Links-Rechts-Schisma wird massiv überlagert von einem »Chancen-Risiken-Schisma«, oder, wie man auch sagen könnte, »Sicherheits-Unsicherheits-Schisma«. Das, was man salopp den rechten Populismus nennt, sind überall politische Strömungen, die die Angst vor Unsicherheit beziehungsweise das Bedürfnis nach Sicherheit artikulieren. »Eine neue Allianz sozialer Kräfte wird um den »Risiko«-Pol gebildet«, schreibt Azmanova. Die soziale Agenda der politischen Linken gerät aber in Konflikt mit ihrer internationalistischen, kosmopolitischen Agenda und auch mit ihrer modernistischen Fortschritts- und Wandel-Botschaft. »Eine Situation verbreit-

<sup>3</sup> Informationen und Programm des Bruno Kreisky Forums finden sich unter <https://www.kreisky-forum.org/>

<sup>4</sup> Albena Azmanova, »Capitalism on Edge: How Fighting Pre-  
carity Can Achieve Radical Change Without Crisis or Utopia«, Columbia University Press, 2020.

teter ökonomischer Unsicherheit triggert konservative Instinkte und führt zur Unterstützung des existierenden Systems.« Wenn Unsicherheit einzieht und Wandel als Bedrohung erfahren wird – dann wollen die Verwundbarsten, dass sich möglichst nichts ändert. Gesellschaftliche Diskurse über kulturellen, gesellschaftlichen Wandel werden genauso davon bestimmt wie die Auseinandersetzungen über Immigration. Man muss nicht unbedingt Rassist sein, um zu wünschen, dass keine weitere Konkurrenz dazukommt, wenn die Unsicherheit sowieso stark genug ist. In einer solchen Gesamtlage wird die politische Linke nur Boden gewinnen, wenn sie zunächst einmal die Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger adressiert, so Albena Azmanova.

Das ist aber natürlich etwas leichter gesagt als getan und wirft eine Reihe von Fragen auf. Zunächst: Wie kriegt man das unter den Bedingungen eines globalen und schrankenlosen Kapitalismus überhaupt hin? Die Corona-Krise und die katastrophale Wirtschaftskrise, die vor uns liegt, werden hier widersprüchlich wirken: Erst einmal werden die Unsicherheitsgefühle verstärkt, in die Leben der Menschen wird noch mehr Bedrohung einziehen durch Jobverlust, generelle Arbeitsmarktinstabilität, Wohlstandsverluste. Zugleich wird die Bedeutung des Staates in der Wirtschaft wachsen: Regierungen werden nicht nur die Konjunktur stützen, Arbeitsplätze sichern, sondern direkt Arbeitsplätze schaffen, bis hin zu möglichen staatlichen Job-Garantien. Also Arbeitsbeschaffungsprogramme, statt einfach Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Die Budgetdefizite werden sowieso explodieren. Das erweitert den Radius für eine Politik, die direkt die Sicherheitsbedürfnisse der Menschen anspricht.

Ein weiterer Aspekt: Es ist natürlich sehr viel leichter, als Verkörperung des Sicherheitsbedürfnisses aufzutreten, wenn man schon in der Regierung ist – als wenn man das aus der Opposition betreiben muss. Es macht eben einen Unterschied, ob man eine Stadt schon regiert (wie die SPÖ), es ist etwas anderes, ob man Juniorpartner in der Regierung ist, aber an den wirtschaftspolitischen Schalthebeln sitzt (wie die SPD im Bund), oder ob man einen Regierungswechsel anstreben muss.

Es gibt relativ wenige Beispiele in der Geschichte, in der eine progressive Partei primär mit dem Versprechen von Sicherheit aus der Opposition die Regierungsspitze erlangte. In aller Regel gewinnen progressive Parteien mit einer Modernisierungs- oder Reformbotschaft: Von Kennedy bis Kreisky oder Brandt bis zu Schröder segelten sie eher auf dem Veränderungsbedürfnis der Wähler in die Regierungssämter. Aber es ist auch nicht ausge-

schlossen, dass man mit dem Versprechen einer »sicheren Hand« und »Ruhe statt Chaos« amtierende Regierungen ablöst.

Ein anderes diffiziles Dilemma ist natürlich, wie man »Sicherheitsbotschaften« verkörpert, ohne wichtige progressive Werte zu verraten. Grundsätzlich war das natürlich immer diese heikle Balance aus Botschaften von Wandel und Liberalität und Rücksichtnahme auf konservative und konventionelle Haltungen in der eigenen Wählerschaft, die die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten halten mussten (und oft mit großem Erfolg hielten). Ein Balanceakt, der auch diesmal Wiens Bürgermeister Michael Ludwig gut gelungen ist. Er ist ja in den Botschaften kaum »nach rechts« gerückt, um rechte Wähler und Wählerinnen zu gewinnen. Das Streitthema Migration hat er im Wesentlichen weggedrückt, aber auch durchaus markante Positionen formuliert, etwa mit der wohl ziemlich genialen Wendung, dass er dafür sei »dass die Menschen, die die Gemeindebauten bauen, auch in diesen wohnen dürfen« (womit Forderungen, dass die Gemeindebauten nur deutschsprechenden »Inländern« offenstehen sollen, der Wind aus den Segeln genommen wurde). Die scheinbare »ethnische« Frage wurde in eine soziale verwandelt und dann schnell das Thema gewechselt, und wo andere die verschiedenen Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufhetzen wollten, konterte er mit der Botschaft des Zusammenhalts. Und manches wurde einfach im Ungefähren oder in der Körpersprache belassen. Soll heißen: Er strahlte schon aus, dass ihm die einheimischen Arbeiter und Arbeiterinnen im Gemeindebau wichtiger sind als sie den Bobos in den Multikulti-Bezirken sind – aber er musste es eben nicht extra dazu sagen. Es funktionierte sowieso, non-verbal.

Sagen wir es unverblümt: Wenn die wesentliche politische Emotion die »Angst« beziehungsweise das »Bedürfnis nach Sicherheit« ist, dann »nährt das konservative, oft reaktionäre Instinkte« (Azmanova) und zumindest den verständlichen Wunsch, dass sich so wenig wie möglich ändert. Es hilft nichts, diese Tatsache zu ignorieren. Sozialdemokratische und andere progressive Parteien werden im Moment nur dann gewinnen, wenn sie das Sicherheitsbedürfnis der Menschen verkörpern.

## Über uns

Die **Friedrich-Ebert-Stiftung** (FES) ist die älteste politische Stiftung Deutschlands. Benannt ist sie nach Friedrich Ebert, dem ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten. Als parteinahe Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Als gemeinnützige Institution agieren wir unabhängig und möchten den pluralistischen gesellschaftlichen Dialog zu den politischen Herausforderungen der Gegenwart befördern. Mit unserer Arbeit im In- und Ausland tragen wir dazu bei, dass Menschen an der Gestaltung ihrer Gesellschaften teilhaben und für Soziale Demokratie eintreten.

([www.fes.de](http://www.fes.de))

Das **Forum Berlin** ist ein Arbeitsbereich im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin-Tiergarten. Unsere Aufgabe besteht in der Organisation politischer Bildung und Kommunikation sowie Politikberatung in den bundespolitischen Arbeitsbereichen. Die Themen unserer Arbeitsbereiche vermitteln wir in Fachtagungen, Kolloquien, Lesungen Gesprächskreisen, digitalen Debattenforen und Publikationen an die Öffentlichkeit. Unser Bemühen gilt dem demokratischen Diskurs und der Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik, Wissenschaft und Praxis.

([www.fes.de/forum-berlin](http://www.fes.de/forum-berlin))

Im **Forum Innere Sicherheit** beschäftigt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit den aktuellen Herausforderungen und Entwicklungen im Politikbereich »Innere Sicherheit«. Sicherheit ist für alle da und gehört zur Bringschuld des Staates. Mit unseren Angeboten zur politischen Bildung leisten wir einen Beitrag zur Aufklärung und zum Diskurs in diesem komplexen Politikfeld und entwickeln gemeinsam mit Expertinnen und Experten Vorschläge für eine funktionierende und vertrauenswürdige Sicherheitsarchitektur, die den Werten der Sozialen Demokratie verbunden ist.

([www.fes.de/forum-berlin/innere-sicherheit](http://www.fes.de/forum-berlin/innere-sicherheit))

## Impressum

© 2020

Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

### VERANTWORTLICH

Jan Niklas Engels, Forum Berlin,  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

### LEKTORAT

Traudl Kupfer

### LAYOUT/SATZ

Heike Wächter, Punkte + Striche,  
Büro für Grafikdesign, Berlin

### BILDMATERIAL

© Alexander Bernhard/Shotshop / picture  
alliance. No exclusive sales.

### DRUCK

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Die in dieser Publikation zum Ausdruck  
gebrachten Ansichten sind nicht notwen-  
digerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES  
herausgegebenen Medien ist ohne schrift-  
liche Zustimmung durch die FES nicht  
gestattet.

ISBN: 978-3-96250-741-1